

nr. 1 – februar / märz 2015

ecke köpenicker

[Seite 3:](#) Jede Menge Ideen zum Spreeufer [Seite 6/7:](#) Mitte kämpft gegen Zweckentfremdung
[Seite 9:](#) Kiezzentrum gekündigt: »Dialog 101« [Seite 10:](#) TeePee-Land bleibt, Räumung gescheitert



Ch. Eckelt

*Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung*



Ch. Eckelt

Welche Ecke?

Kennen Sie sich im Gebiet gut aus? Dann erkennen Sie sicher, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecke.koepenicker@gmx.net. Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 23. März 2015. Wir freuen uns über Ihre Post! Unser letztes Bilderrätsel zeigte das Taut-Haus an der Ecke Engeldamm / Michaelkirchplatz. Gewinner ist Robert Lorenz – herzlichen Glückwunsch! Der Büchergutschein wird Ihnen per Post zugesandt.

Luisenstadt-Geschichtsbuch

Im Februar erscheint ein gewichtiges Buch zur Luisenstadt. Der Stadthistoriker Dieter Hoffmann-Axthelm hat akribisch 400 Jahre Geschichte der Köpenicker Straße (1589–1989) recherchiert und sie nun auf 500 Seiten dargelegt. Das Buch erscheint im Berlin Story Verlag (ISBN 978-3-95723-010-2). Aus der Verlagsankündigung: »Das ist wie der Roman einer Straße – emotional, überraschend und meisterhaft. Dieter Hoffmann-Axthelm geht die Köpenicker Straße Grundstück für Grundstück ab und entwickelt daraus ein wirtschaftliches, gesellschaftliches und kulturelles Panorama Preußens. Wie Naturgeografie, Stadtwendung und Probleme der Manufakturen mit administrativen Abläufen zusammenhängen – das sind seine Fragen. Die Quellen machen dieses Buch lebendig. Sie beschreiben, wie Unternehmer, Ackerbürger, Fabrikanten aus dem staubigen Feldweg entlang der Spree etwas

gemacht haben. (...) Holzhandel, Kattunproduktion und Militär trugen ganz spezifisch zur Entwicklung des Staates bei, aber auch Pietismus, bürgerliche Selbstverwaltung und die Genossenschaften des Sozialliberalismus. Parzellierung, Ackerfolge, Gartenstruktur, Uferschälungen, Bleichtechnik und Soda-Chemie ...«

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich am 17. Februar um 18.30 Uhr im Nachbarschaftszentrum »Dialog 101« in der Köpenicker Straße 101. Doch diese Räume sind nun zu Ende Februar gekündigt, neue Räumlichkeiten werden dringend gesucht! (siehe auch S. 9). Im März und April findet die BV im Gemeinschaftsraum der Michaelkirche Unterkunft. Die Sitzungstermine werden auf der Website www.luisenstadt-mitte.de veröffentlicht.

Termine

»Entartete Kunst« in der Luisenstadt

Die 1937 in deutschen Museen als »entartet« beschlagnahmten rund 20.000 Kunstwerke wurden in Berlin zunächst im Viktoria-Speicher in der Köpenicker Straße eingelagert. Dort wurden sie inventarisiert und dann ihren Schicksalen zugeführt. – Der Bildvortrag von Dr. Andreas Hüneke geht den Fragen nach, wie es dazu kam und was mit den Werken in der Folge geschah.

Bildvortrag von Dr. Andreas Hüneke, Do, 26. Februar, 20.15 Uhr, Moritzplatz-Stammtisch im Aufbau-Haus, M1 Café, Prinzenstraße 85

Der Luftangriff vom 3. 2. 1945

Do 26. März, 20.15 Uhr, Moritzplatz-Stammtisch im Aufbau-Haus, Prinzenstraße 85D: Bildervortrag: Vor 70 Jahren – der Luftangriff auf Berlin am 3. Februar 1945, Eintritt frei. Der Luftangriff hatte auch in der Luisenstadt schwere Zerstörungen zur Folge.

Zeitzeugen gesucht

Im Rahmen einer privaten Recherche werden Menschen gesucht die schon zu DDR Zeiten oder früher in der Köpenicker Straße und Umgebung gewohnt haben und aus dieser Zeit den »Fürstenhof« (Köpenicker 137) kennen. Wer kennt Menschen die dort gelebt, die Kegelbahn genutzt oder die Gastwirtschaft besucht haben? Wer kennt Erzählungen aus der Kriegszeit und danach?
Kontakt: Helene (0162) 703 20 26

Redaktionsschluss

der nächsten Ausgabe »ecke köpenicker«:
Montag, 23. März 2015.

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, ecke.koepenicker@gmx.net
Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: Henke Druck, info@henkepressdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Ideen statt Denkverbote

Ein Workshop zum Spreeufer – und eine verlängerte Internetplattform zur Ideensammlung

Visionen und kreative Ideen für das Spreeufer waren gefragt, als die Initiative »Erinnerungsräume«, der Verein Spreeacker e.V. und das TeePee-Land zum Workshop einluden. Der Phantasie sollten bei dieser kleinen »Denkfabrik« keine Grenzen gesetzt werden – unerwünscht waren nur Denkverbote wie »Das ist zu teuer«, »Das lässt sich nicht umsetzen« oder »Das macht die Verwaltung nicht mit«.

Richtig, denn was die Bezirksverwaltung aus rechtlichen, finanziellen oder planerischen Gründen nicht umsetzen kann, wird sich schon im Laufe des langen Entwicklungsprozesses herausstellen. So aber war es ein sehr erfrischender Workshop, den diese unabhängigen Initiativen veranstalteten, um ihre Ideen und Inspirationen zum Spreeufer beizusteuern, dessen Neugestaltung eines der wichtigsten Sanierungsziele in der Nördlichen Luisenstadt ist. Und dabei sind auch die Bürger mit ihren Ideen, Anregungen und Wünschen gefragt. Deshalb hat das Bezirksamt im letzten Jahr eine öffentliche Veranstaltung organisiert, deshalb hat das Koordinationsbüro als Sanierungsbeauftragter zusammen mit dem Bezirksamt ein öffentliches Internetforum zur Ideensammlung eingerichtet, das nun verlängert wurde bis zum 2. März (s.u.).

Beim Workshop der unabhängigen Initiativen Ende Januar arbeiteten ca. 30 Interessierte intensiv in fünf Arbeitsgruppen. Grundregel war, nicht mit Worten, sondern vor allem visuell mit Bildern zu arbeiten. Und da trugen die Teilnehmer Erstaunliches zusammen, wie die abschließende Präsentation zeigte. Denn vieles, was hierzulande noch utopisch scheint, existiert in anderen europäischen Städten längst: Fluss-Strandbäder wie in Basel, Pontons auf Flüssen, moderne Windturbinen in Baumform wie in Frankreich, holländische Fahrradwege, die mit Solarenergie beleuchtet werden (tagsüber werden die Steine entlang des Wegs mit Sonnenenergie aufgeladen, nachts strahlen sie die Energie wieder mit Leuchtkraft ab), Stege übers Wasser und vieles mehr.

Vieles ist also nicht so utopisch, wie es auf den ersten Blick zu sein scheint. Die fünf Arbeitsgruppen arbeiteten zu Themen wie »Teepeeland 2020/21 – Forschungsland für freie Energie« (Wind, Solar, Wasser), zu Stadtgeschichte, zu Natur und Landschaft, zur Wechselwirkung von Land und Wasser, zur ökologischen und auch künstlerischen Nutzung des Flusses. Erstaunlich war, wie oft sich Ideen überschneiden: beispielsweise, den geplanten Spreeuferweg zumindest teilweise mittels Stegen auch auf die Spree selbst zu verlegen. Weitere Ideen: der Wiederaufbau der Waisenbrücke als begrünte Fußgängerbrücke (wie die Garden Bridge in London), zusätzliche



Ch. Eckelt

Begrünung des Uferwegs als »essbarer Weg« nach Andernacher Vorbild (mit Obstbäumen und Gemüsebeeten, Kräutern wie Kapuzinerkresse, Beerenträuchern usw.), Außerdem der Uferweg als Lebensraum auch für Bienen und Biber. Ein kleines Amphitheater. Hängematten und bunte Sitzmöbel. Stadthistorische Pfade entlang der Luisenstadt mit interaktiven Elementen, die von der Geschichte des Kiezes erzählen. Ein Barfuß-Fühlweg mit unterschiedlichen Naturmaterialien. Ein Kletterturm. Angeln und Kanufahren, Solarboote, eine Bootsfähre ohne Motor an der Leine. Wandsegmente, die offiziell bemalt werden dürfen. Kleine Feuerstellen. Eine Wassermühle. Ein kleines Labyrinth. Gastronomie, eventuell an der Waisenbrücke (deren Wiederaufbau das Sanierungskonzept ja auch vorsieht), Gastronomie im eher volkstümlichen Sinn, so wie früher, als Familien ihr Essen selbst mitbrachten und »hier Kaffee kochen« konnten. Und noch viel mehr Ideen und Visionen.

Moderator Eberhard Elfert (auch Initiator der »Erinnerungsräume«) fasste die jeweiligen Arbeitsgruppenbeiträge konzentriert zusammen. Es ging um historische Erinnerungskultur, einen Erholungs- und Entspannungsort für viele unterschiedliche Nutzer, einen interessanten Entdeckungsort auch für Kinder. Um Freizeiträume mit Aufenthaltsqualitäten für gemeinschaftliche Erlebnisse, die ökologische Verbindung von Spreeufer und Wasser, um innovative und künstlerische Vorhaben. Darum, die Spree als Lebensraum zurückzuerobern.

Der Workshop war eine bürgerschaftlich organisierte Initiative. Der Bezirk und die Sanierungsbeauftragten haben eine Internetplattform eingerichtet, auf der alle Interessierten ihre Ideen und Anregungen eingeben können. Diese Plattform wird noch bis zum 2. März verlängert (www.forum.luisenstadt-mitte.de). Auch die Workshop-Gruppe wird hier ihre Ideen veröffentlichen, und alle weiteren Anregungen von Bürgern sind sehr erwünscht!

Internetplattform des Bezirks und KoSP (dort sind auch etliche Materialien und Informationen erhältlich): www.forum.luisenstadt-mitte.de

Informationen gibt es außerdem unter:
Erinnerungsräume – Berliner Mauer und Clubkultur: www.berliner-erinnerungsraeume.de
www.neuwestberlin.wordpress.com
Teepeeland: www.teepeeland.wordpress.com

Zwei Jahre Bauarbeiten in der Melchiorstraße

Bis zum Herbst drohen verschärfte Parkplatzprobleme

Voraussichtlich bis Ende 2016 andauern werden die Baumaßnahmen zur Umgestaltung der Melchiorstraße. Dabei müssen die Parkplätze im Straßenraum zeitweise aufgehoben werden – die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt und das Bezirksamt bitten um das Verständnis der Anwohner.

Aus Fördermitteln des Programms »Städtebaulicher Denkmalschutz« wird die gesamte Melchiorstraße umfangreich saniert – von der Erneuerung des Unterbaus über die denkmalgerechte Instandsetzung der Gehwege und der Fahrbahn bis hin zum Umbau der Kreuzung Adalbertstraße mit barrierefreien Gehwegvorstreckungen und Großsteinpflaster. Zuvor erneuern aber noch die Wasserbetriebe Trink- und Abwasserleitungen.

Im Zuge der städtebaulichen Neugestaltung werden Fahrradbügel aufgestellt; die Straßenbeleuchtung wurde bereits erneuert. Außerdem ist eine Neubepflanzung der Melchiorstraße notwendig: Ein Baumgutachten hat ergeben, dass die Spitzahorne durch Umwelteinflüsse stark geschädigt sind und an diesem Standort keine Perspektive haben. Der verdichtete Untergrund ist für sie nicht geeignet, der flache Wurzelwuchs führte mehrfach zu Brüchen in Gehweg- und Fahrbahnbelägen. Deshalb müssen im Zuge der Erneuerungsmaßnahmen zunächst die derzeitigen Straßenbäume gefällt werden, und zwar bis Ende Februar, denn dann endet laut Naturschutzgesetz die erlaubte Fällperiode, weil danach die Nistzeit beginnt.

Aber es werden Ersatzpflanzungen vorgenommen: Auf der nördlichen Straßenseite werden Säulen-Hainbuchen gepflanzt, auf der südlichen Straßenseite ist eine bunte Mischung aus Feldahorn, Zierkirsche und Erle vorgesehen.

Die Straßenbauarbeiten werden jeweils halbseitig durchgeführt, die Melchiorstraße wird deshalb über längere Zeit zur Einbahnstraße. Die Hauseingänge bleiben aber jederzeit zugänglich. Ab März 2015 wird auf der südlichen Straßenseite begonnen; im nächsten Jahr sind die Umgestaltung der nördlichen Straßenseite sowie die Umgestaltung des Kreuzungsbereichs an der Reihe. Im November 2012 wurden die Planung und das dazugehörige Baumgutachten auf einer öffentlichen Bürgerversammlung vorgestellt und diskutiert. Etliche Anregungen flossen in die konkrete Planung mit ein.

Nicht absehbar waren damals allerdings die Verzögerungen der Arbeiten bei der Neugestaltung des Straßenraums um den Michaelkirchplatz. Die hätten eigentlich jetzt schon abgeschlossen sein sollen, so dass der zeitweilige Wegfall der Parkplätze in der Melchiorstraße hätte kompensiert werden können. Leider hat sich der Umbau verzögert, so dass sich die Parkraumsituation auch im weiteren Umfeld der Melchiorstraße weiter verschärfen wird. Nach dem gegenwärtigen Stand sollen die Arbeiten am Michaelkirchplatz bis zum Herbst 2015 abgeschlossen sein. Doch damit wird sich die angespannte Parkplatzsituation keineswegs entspannen – schließlich werden im Gebiet auch zahlreiche neue (Eigentums-)Wohnungen gebaut, und deren Besitzer verfügen meist über mindestens ein Auto. Einige Mitglieder der Betroffenenvertretung warnen, dass parkplatzsuchende Autofahrer auf die denkmalgeschützten Flächen am Engeldamm ausweichen könnten. Vergeblich hatten sie versucht, zum Schutz dieser Flächen rechtzeitig geeignete Absperrmaßnahmen zu erwirken. cs



Die Arbeiten an der Neugestaltung der Straße »Michaelkirchplatz« werden voraussichtlich noch bis zum Herbst dauern. Jetzt beginnen auch in der Melchiorstraße die Umbauarbeiten, damit entfallen vorübergehend viele Parkplätze.

Parkraumbewirtschaftung ungewiss

Betroffenenvertretung und BVV haken nach

Hartnäckiges Nachfragen bringt manchmal zumindest Erkenntnis. Diese Erfahrung durfte der Sprecher der Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt, Volker Hobrack, auf der Sitzung des BVV-Ausschusses für Stadtentwicklung am 28. Januar machen. Dort haben die Sprecher der Stadtteil- und Betroffenenvertretungen in Mittes Sanierungsgebieten das Recht, Fragen an den zuständigen Stadtrat Carsten Spallek zu stellen. Volker Hobrack fragte, warum die Endfassung des Verkehrskonzepts für die Nördliche Luisenstadt, das im vergangenen Jahr bereits ausführlich diskutiert worden war, der Betroffenenvertretung immer noch nicht zur Einsicht und Stellungnahme vorliegt. Auch würde sie das Konzept gern noch einmal öffentlich mit dem zuständigen Mitarbeiter des Straßen- und Grünflächenamts, Siegfried Dittrich, diskutieren.

Carsten Spallek antwortete zunächst, dass die Personalbelastung im Straßen- und Grünflächenamt (SGA) derzeit extrem sei. Termine bei öffentlichen Debatten dürften die Mitarbeiter nur noch mit seiner persönlichen Zustimmung wahrnehmen – vor allem in den Abendstunden würden sie teure Überstundenzuschläge verursachen.

Erst als der stadtentwicklungspolitische Sprecher der Linken den Stadtrat direkt fragte, warum der Betroffenenvertretung das Verkehrskonzept immer noch nicht zugegangen ist, wurde der Stadtrat konkreter: Strittig ist offenbar noch die Parkraumbewirtschaftung, die die Verkehrsplaner für die gesamte Nördliche Luisenstadt dringend vorschlagen. Dazu müssten noch die Auswirkungen auf den Bezirkshaushalt geprüft werden. Selbst wenn die Einnahmen insgesamt die Ausgaben deckten, sei damit noch lange nicht gesagt, dass der Bezirk sie auch kostendeckend durchführen könne. Die Berechnungen seien schwierig, das Haushaltsamt noch damit beschäftigt. Lisa Wicklund von der BV wandte ein, dass es sich schon an den Nummernschildern ablesen lasse, dass vor allem Ortsfremde im Kiez parken. Doch über deren Tickets (und Knöllchen) vor allem finanziert sich die Parkraumbewirtschaftung – nicht über die geringen Jahresgebühren der Anwohner, für die eine Parkraumbewirtschaftung die Lage erfahrungsgemäß meist deutlich entspannt. cs

Kommentar

Beschämend

Wer benennt Straße und Plätze?

Soso. Die BIM (Berliner Immobilienmanagement GmbH) hat also offenbar keine anderen Probleme als zu verhindern, dass der Platz neben dem Rathaus Wedding einen würdigen Namen erhält, nämlich »Elise-und-Otto-Hampel-Platz«. Elise und Otto Hampel waren ein Weddinger Arbeiter-Ehepaar, die nach dem Tod ihres einzigen Sohnes im Zweiten Weltkrieg mutigen Widerstand gegen die Nazis leisteten, mit schlichtesten Mitteln. Sie verteilten heimlich handgeschriebene Postkarten gegen den Krieg, bis die Gestapo sie nach langer Suche verhaftete. Beide wurden von den Nazis hingerichtet. Hans Fallada widmete ihnen seinen weltberühmten Roman »Jeder stirbt für sich allein«.

Nun nimmt der (bislang namenlose) Weddinger Rathausvorplatz neue Gestalt an, in das sanierte Hochhaus zieht das Jobcenter ein, die Bibliothek erhält einen Neubau. Und die BIM (eine hundertprozentige Tochtergesellschaft des Landes Berlin) als Eigentümerin des Hochhauses eine Stückchens des Platzes will jetzt nicht, dass der bislang namenlose Platz nach Elise und Otto Hampel benannt wird – obwohl Anwohner, Stadtteilvertretung und auch die BVV klar für diese Neubenennung votierten.

Doch dies, so das BIM-Argument, würde auch »eine Adressänderung für das Jobcenter« bedeuten, für dessen Kunden die Orientierung nicht erschwert werden solle – denn die würden die Müllerstraße 147 leichter auffinden.

Das ist in vielfacher Hinsicht ein unsinniges Argument. Erstens muss das Jobcenter sowieso seine Geschäftsadresse und sämtliche Drucksachen ändern, weil es an diesem Ort ja völlig neu ist. Zweitens müssen die Kunden des Jobcenters sowieso eine für sie neue Adresse auf-

suchen. Hält man sie für so dumm, dass sie einen neubenannten Platz nicht finden? Drittens würde die Namensgebung für den Platz im Gegenteil für mehr Orientierung sorgen – schließlich gibt es mit der Müllerstraße 16 noch ein weiteres Jobcenter für einen anderen Einzugsbereich. Das sorgt viel eher für Verwirrung. Manche nennen die Müllerstraße deshalb auch scherzhaft »Jobcenter-Boulevard«. Als »Jobcenter Berlin Mitte Müllerstraße« firmiert jedenfalls bereits die Müllerstraße 16 sowohl bei der Arbeitsagentur, als auch in den Tiefen des Internets: Termin verpasst, lieber Kunde, weil im falschen Jobcenter vorgeschrieben? Pech gehabt, die Leistung wird gekürzt!

Viertens durfte das Argument der angeblich unzumutbaren Adressänderung jedenfalls im Ostteil der Stadt niemals gelten, als nach der Wiedervereinigung zahllose Straßen rückbenannt wurden: Auch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften wurden nicht gefragt, ob es großen Aufwand bedeute, wenn beispielsweise die Wilhelm-Pieck-Straße in Torstraße rückbenannt wird und ihre Häuser und Vorgärten davon betroffen waren.

Und warum schwingt sich die BIM – eine landeseigene Gesellschaft, deren Aufgabe lediglich in Immobilienverwaltung besteht – überhaupt zum »Sprecher« des Jobcenters auf? Soll wirklich die BIM mehr Stimme haben als die Bürger und ihre demokratisch gewählten Vertreter in der BVV, die mit großer Mehrheit für die Benennung des namenlosen Rathausvorplatzes in Elise-und-Otto-Hampel-Platz stimmten? Welche geschichtsvergessene, bürokratische Haltung offenbart sich hier – ausgerechnet 70 Jahre nach dem Ende der Naziherrschaft, wo es endlich an der Zeit wäre, auch die stillen Helden des Widerstands zu würdigen?

Was ist das für ein Signal an jene Bürger, die immerfort zu Zivilcourage aufgefordert werden? Für Zivilcourage wäre das Ehepaar Hampel ja wohl das beste Vorbild – als einfache Weddinger und späte, aber tapfere Gegner des Naziregimes, die im traurigsten Wortsinn für ihren Mut den Kopf hinhielten und kurz vor Kriegsende unter dem Fallbeil starben.

Auch deshalb sollte sich der Bezirk gegen das BIM-Begehren wehren – aus Respekt.

Ulrike Steglich

Bildecke



Ch. Eckelt

Der Bezirk kämpft um Wohnungen

Ein Gespräch mit Stadtrat Stephan von Dassel zum Zweckentfremdungsverbot bei Wohnraum

Seit dem 1. Mai 2014 ist die Zweckentfremdung von Wohnraum in Berlin erneut gesetzlich verboten. Die Umwandlung von Wohnraum in Gewerberaum und lang anhaltender Leerstand von Wohnungen bedürfen nun spezieller Genehmigungen. Vor allem aber ist die Vermietung von Wohnraum als Ferienwohnung seitdem untersagt. Besonders betrifft das den Bezirk Mitte, in dem nach Senatsschätzung ca. 4000 Wohnungen als Ferienwohnungen vermietet werden – in ganz Berlin sollen rund 12.000 Wohnungen betroffen sein. In Mitte ist der Stadtrat für Soziales und Bürgerdienste, Stephan von Dassel (Die Grünen), für die Umsetzung des neuen Gesetzes zuständig. Er berichtet von ersten greifbaren Erfolgen, klärt über die Rechtslage bei Untervermietung auf und bedankt sich für die Hinweise vieler Bürger.

Stephan von Dassel, bis Ende Juli 2014 konnten den Wohnungsämtern Ferienwohnungen gemeldet werden, damit diese noch zwei Jahre lang legal als solche vermietet werden dürfen. Gibt es auch Fälle, wo das untersagt wird?

Im Bezirk Mitte gingen bislang rund 1700 solcher Anmeldungen ein. Wenn die Unterlagen vollständig waren, dürfen die Wohnungen noch bis zum 31. Juli 2016 weiter als Ferienwohnungen betrieben werden. Es gab aber auch rund 400 Selbstanzeigen von Mietern, die ihre Wohnungen als Ferienwohnungen untervermieten und bei denen die Unterschrift des »Verfügungsberechtigten« fehlte, also in der Regel die des Hauseigentümers oder einer von ihm bevollmächtigten Hausverwaltung. Als wir diese Unterschriften nachforderten, ließen die Anzeigsteller meist nichts mehr von sich hören. Da vermieten die Mieter also offenbar ohne Zustimmung des Vermieters ihre Wohnungen als Ferienwohnungen, während sie in Wirklichkeit woanders wohnen. Das ist nicht zulässig und dafür gibt es auch keine Übergangsfrist. Wir fordern daraufhin den Nachweis, dass die Wohnung wieder regulär vermietet wird – ggf. auch mit einem Untermietvertrag von mindestens zwei Monaten. Auf diese Art werden bereits jetzt viele hundert Wohnungen wieder dem regulären Wohnungsmarkt zugeführt.

»Man darf seine Wohnung nur einmal als Ferienwohnung untervermieten, das heißt einmal im Leben – ein zweites Mal nicht.«



Ch. Eckelt

Darf ich denn meine Wohnung als Ferienwohnung weitervermieten, wenn ich z.B. in Urlaub fahre?

Die Rechtslage ist klar: Man darf seine Wohnung nur »einmal« kurzzeitig als Ferienwohnung untervermieten, das heißt einmal im Leben, ein zweites Mal nicht. Ich fände es allerdings besser, wenn da »einmal im Jahr« stünde, denn auf den Berliner Wohnungsmarkt wirkt sich die kurzzeitige Vermietung während des eigenen Urlaubs ja nicht negativ aus. Wir müssen uns aber an die Ausführungsvorschriften des Landes Berlin halten und haben hier keinen Ermessensspielraum. Keine Zweckentfremdung liegt dagegen vor, wenn man weniger als die Hälfte seiner Wohnung kurzzeitig untervermietet und sie ansonsten mehrheitlich selbst nutzt.

Zusammen mit der Meldung haben einige gleichzeitig die Genehmigung ihrer Ferienwohnungen beantragt. Wie stehen die Chancen da?

Das haben bislang nur relativ wenige gemacht, die meisten warten wohl noch ab, wie sich die Rechtsprechung entwickelt. Bisher wurde kein Antrag auf Zweckentfremdung von Wohnraum genehmigt, mit Ausnahme von Gästewohnungen, die ausdrücklich vom Gesetz ausgenommen sind. Auch die Widersprüche, die daraufhin eingingen, sind fast alle schon negativ beschieden. Jetzt rechnen wir mit den ersten Klagen.

Viele Begründungen lauten ungefähr so: »Wir wohnen nicht in Berlin und haben uns hier eine Eigentumswohnung gekauft, damit wir, wenn wir unsere Kinder in Berlin besuchen, nicht ins Hotel müssen. Wenn wir nicht in Berlin sind, vermieten wir sie zwischenzeitlich kurzzeitig als Ferienwohnung.« Das mag verständlich sein, aber ist nicht mehr zulässig und wir lehnen das ab. Denn diese Wohnungen stehen nicht dem Wohnungsmarkt zur Verfügung. Die kann man auch normal vermieten und bei gelegentlichen Berlin-Besuchen ein Hotel nutzen.

Eine Leserin machte uns darauf aufmerksam, das selbst die landeseigene Berlinovo, die Bestände aus den Immobilienfonds der ehemaligen Berliner Bankgesellschaft verwaltet, im Internet möblierte Apartments mit Monatsmietverträgen anbietet. Dabei müssen Mietverträge mindestens zwei Monate dauern, um nicht unter die Zweckentfremdung zu fallen.

Wir haben dort bereits nachgefragt. Die Berlinovo behauptet, sie halte sich streng an Recht und Gesetz. Sie verwaltet jedoch auch Apartmenthäuser, sogenannte »Boarding Houses«, die baurechtlich nicht als Wohn-, sondern als Gewerberäume gelten. Die darf man natürlich auch kurzzeitig vermieten, denn die Zweckentfremdung betrifft ja nur Wohnraum.

»Wir haben eine eigene E-Mail-Adresse für Hinweise von Bürgern eingerichtet: zweckentfremdung@ba-mitte.berlin.de.«

Diese Leserin hat auch schon etliche Ferienwohnungen aus ihrer Nachbarschaft gemeldet. Sie beklagt sich darüber, dass sie nicht erfährt, was das Wohnungsamt mit den Informationen anfängt. Was soll man genau melden und wie geht das Amt dann vor?

Ich bitte um Verständnis: Detaillierte Informationen dürfen wir aus Datenschutzgründen nicht weiterleiten. Aber allgemeine Rückmeldungen etwa derart, dass wir Ermittlungen aufgenommen haben, schon – ich werde mich darum kümmern, dass das künftig geschieht. Wir haben eine eigene E-Mail-Adresse für Hinweise von Bürgern eingerichtet: zweckentfremdung@ba-mitte.berlin.de. Darüber erhalten wir kontinuierlich Meldungen. Wichtig ist, uns die Adresse der Ferienwohnung zu nennen! Die genaue Lage im Haus können die Mitarbeiter vor Ort auch selbst herausbekommen, die Namen und Adressen der Eigentümer ermitteln wir beim Grundbuchamt. Rund die Hälfte dieser Hinweise betrifft jedoch Wohnungen, die uns von den Eigentümern bereits angezeigt wurden. Bei der anderen Hälfte recherchieren wir zunächst in den Akten und Archiven des Bezirks: etwa ob da eventuell früher schon Genehmigungen erteilt wurden und ob es sich tatsächlich um Wohnraum und nicht doch vielleicht um Gewerberaum handelt. Dann beginnen die Anhörungsverfahren mit den Eigentümern.

Bis zur Verhängung von Bußgeldern ist es bislang noch nicht gekommen, dazu brauchen die Verfahren noch zu lange – auch für uns ist das ja auch alles noch Neuland. Es wird aber nicht mehr lange dauern, bis die ersten Bußgeldbescheide rausgehen. Die Einnahmen gehen dann an den Senat und sollen z.B. für den Neubau von preisgünstigem Wohnraum eingesetzt werden. Der Bezirkshaushalt wird dadurch nicht aufgebessert.



Ch. Eckelt

Um effektiv zu recherchieren, bräuchten Sie eigentlich die Möglichkeit, den Markt für Ferienwohnungen im Internet mit Hilfe entsprechender Software zu überwachen. Der Berliner Datenschutzbeauftragte hat sich dabei anfangs quergestellt: Sind Sie inzwischen weitergekommen?

Ins Internet schauen dürfen wir immer. Aber es geht darum, die Daten zu bekommen, die nicht sichtbar auf den Seiten stehen – wie z.B. die genauen Adressen der angebotenen Wohnungen. Gerade hat uns der Datenschutzbeauftragte wieder Vorgaben gemacht, die ziemlich detailliert gewisse Programmabläufe betreffen. Ob diese Vorgaben mit der Praxis in Einklang zu bringen sind, ist noch unklar.

»Wohnungen dürfen generell nicht länger als ein halbes Jahr leerstehen.«

Auch anhaltender Wohnungsleerstand gilt ja als Zweckentfremdung. Wie sind die Erfahrungen in diesem Bereich?

Auch da sind wir für Hinweise aus der Bevölkerung dankbar. Wohnungen dürfen generell nicht länger als ein halbes Jahr leer stehen. Dabei gibt es allerdings Ausnahmen, etwa bei umfassenden Sanierungen oder wenn eine Abrissgenehmigung erteilt wurde. Einige Eigentümer argumentieren aber folgendermaßen: Sie planen, das Haus oder die Eigentumswohnung zu verkaufen und vermieten jetzt nicht mehr, um dem künftigen Eigentümer die Entscheidungsfreiheit über die Vermietung zu überlassen. Tatsächlich erhoffen sie sich aber einen höheren Verkaufspreis, denn leere Wohnungen lassen sich besser verkaufen. Das ist dann spekulativer Leerstand und unzulässig – den will das Zweckentfremdungsgesetz ja gerade verhindern!

Sie haben sich ja auch persönlich stark für den Aufbau einer für ganz Berlin zuständigen »Task-Force gegen Zweckentfremdung« engagiert, die beim Bezirk Mitte angesiedelt werden sollte. Letztlich hat die Mehrheit im Bezirksamt aber anders entschieden. Wie stellt sich die Situation jetzt dar, haben Sie genügend Stellen für diese Aufgabe?

Ich bin ja auch für Soziales zuständig und bekomme deshalb mit, wie nahezu unmöglich es inzwischen geworden ist, für Menschen in Notlagen im Bezirk eine Wohnung anzumieten. Deshalb bin ich auch persönlich motiviert, diese Aufgabe anzugehen. Und natürlich bin ich in die Politik gegangen, um zu gestalten – auch wenn nicht immer alles aufgeht. Doch auch ohne »Task-Force« haben wir inzwischen ein gutes Team beisammen.

Der Bezirk Mitte ist dabei führend, auch weil wir uns schon frühzeitig mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Derzeit haben wir sechseinhalb Stellen, vier davon werden vom Senat finanziert, die restlichen aus der sogenannten »Sprinterprämie« – also aus den Sondermitteln, die der Bezirk für die hohe Anzahl aus Wohnungsneubaugenehmigungen erhält, die hier erteilt werden, um dem akuten Wohnungsmangel entgegenzuwirken. Ich bin dem Kollegen Carsten Spallek sehr dankbar, dass er die Mittel zur Verfügung stellt. Im nächsten Jahr, wenn die Übergangsfrist für den Betrieb von Ferienwohnungen ausläuft, erwarten wir aber einen großen Schub von Anträgen, auf den wir auch personell vorbereitet sein müssen. Deshalb werden wir um weitere Stellen kämpfen müssen.

Das Interview führte Christof Schaffelder

Milieuschutz in Mitte

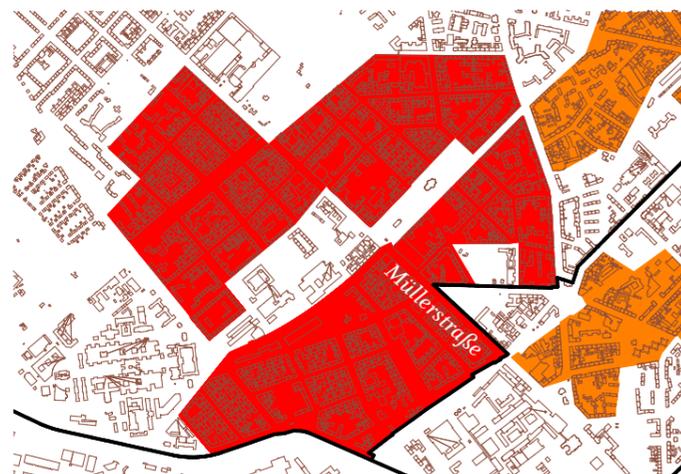
Eine Vorstudie identifiziert »Verdachtsgebiete« in Wedding und Moabit

Auch der Bezirk Mitte schickt sich an, sogenannte Milieuschutzgebiete festzulegen. In einer Vorstudie hat jetzt das mit der Vorprüfung beauftragte Planungsbüro LPGmbH zwei große »Verdachtsgebiete« ermittelt, in denen es den Erlass einer »Sozialen Erhaltungssatzung« nach §172 des Baugesetzes für möglich hält: Eines liegt im westlichen Wedding um die Müllerstraße, ein anderes umfasst große Teile des nördlichen Moabit. Detailliertere Untersuchungen sollen in diesem Jahr folgen.

In Milieuschutzgebieten (auch Erhaltungsgebiete genannt) kann die Kommune zumindest teilweise die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung durch besondere Genehmigungsvorbehalte schützen – zum Beispiel, indem sie Luxusmodernisierungen oder den Abriss von Wohnhäusern untersagt. Wenn das Land eine »Umwandlungsverordnung« erlassen hat, kann zudem für mehrere Jahre die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindert werden. Auf den Erlass einer solchen Umwandlungsverordnung hat sich der Berliner Senat jüngst geeinigt.

Doch für die Festlegung von Milieuschutzgebieten verlangt das Gesetz das Vorliegen »besonderer städtebaulicher Gründe«, die zunächst durch detaillierte Studien gerichtsfest belegt werden müssen. Vor dem Ausschuss für Stadtentwicklung der BVV Mitte hat der Geschäftsführer des Planungsbüros LPGmbH, Roland Schröder, am 28. Januar diese Gründe näher erläutert: »Zunächst muss baulich ein Aufwertungspotential vorhanden sein. Wenn schon alles luxurmodernisiert ist oder das Gebiet von Neubauten dominiert wird, dann kann man dort natürlich kein Erhaltungsgebiet mehr festlegen. – Außerdem muss zweitens ein Aufwertungsdruck nachgewiesen werden, zum Beispiel anhand der Entwicklung der Mietpreise bei Neuvermietungen. Und drittens muss auch noch ein Verdrängungspotential nachweisbar sein: Die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung muss tatsächlich gefährdet sein.«

Verdachtsgebiet Wedding-Zentrum



Rot: Verdachtsgebiet, orange: Beobachtungsgebiet ©Bezirksamt Mitte

Auf diese Kriterien hin hat die LPGmbH den gesamten Bezirk einem »Grobscreening« unterzogen. Dabei hat sie zwei »Verdachtsgebiete« und mehrere »Beobachtungsgebiete« ermittelt. In den Verdachtsgebieten sollen im weiteren Verlauf des Jahres detaillierte Untersuchungen erfolgen. Dabei werden sich die künftigen Milieuschutzgebiete sicher räumlich noch verkleinern, etwa indem kommunale oder genossenschaftliche Wohnanlagen sowie Gewerbeobjekte ausgeklammert werden. Möglicherweise werden aber auch ganze Blöcke noch aus dem Gebieten herausgenommen.

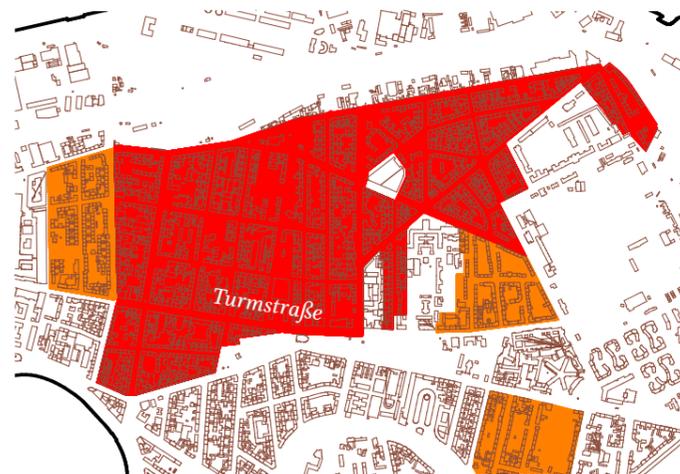
Das »Verdachtsgebiet Wedding-Zentrum« umfasst dabei westlich der Müllerstraße den gesamten Sprengel- und Brüsseler Kiez sowie Teile des Afrikanischen Viertels zwischen Seestraße und Togostraße. Östlich der Müllerstraße zählt der Bereich zwischen Seestraße, Oudenarder-, Reinickendorfer und Gerichtstraße dazu, wobei Grünanlagen, Hochschulen, Verwaltungsgebäude, aber auch die Wohnanlage der Wohnungsgenossenschaft von 1892 am Nettelbeckplatz bereits ausgeklammert sind.

Das »Verdachtsgebiet Moabit« wird westlich von der Beusselstraße begrenzt, nördlich von dem Straßenzug Siemens- und Quitzowstraße. Östlich gehört der Stephankiez dazu, die nördliche Lehrter Straße, das Gebiet zwischen Birken- und Feldzeugmeisterstraße und beidseitig die Lübecker Straße. Südwestlich bildet die Straße Alt-Moabit sowie die Stromstraße bis hoch zur Perleberger Straße die Grenze. Nur »Beobachtungsgebiete« sind dagegen der Beusselkiez östlich der Beusselstraße und die Kieze um die Wilsnacker- und Thomasiusstraße. Dabei sind die Gründe unterschiedlich: Während die Studie im Beusselkiez nicht genügend Aufwertungsdruck verzeichnet, sieht sie im Kiez um die Thomasiusstraße nicht genug bauliches Aufwertungspotential. Hier sind die Wohnungen bereits weitgehend modernisiert.

Weitere »Beobachtungsgebiete« verzeichnet die Studie im Soldiner Kiez, in »Wedding-Zentrum« östlich der Reinickendorfer Straße, in den ehemaligen Sanierungsgebieten Rosenthaler und Spandauer Vorstadt (Alt-Mitte) sowie im Südlichen Tiergarten. cs

Die Präsentation der LPGmbH vor dem Ausschuss für Stadtentwicklung ist auf der Website des Landes Berlin mittels folgendem Pfad aufzufinden: www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklung/samt/stadtplanung/staedtebaufoerderung/erhaltungsgebiete/

Verdachtsgebiet Moabit



Aus für luisenstädtisches Kiezzentrum

Räume des »Dialog 101« müssen gekündigt werden

Die Räume waren ideal: direkt gelegen am U-Bahnhof Heinrich-Heine-Platz, zentral zwischen Kreuzberg und Alt-Mitte, mit Raum für viele Projekte. Doch nun mussten sie zu Ende Februar gekündigt werden.

In den Ladenräumen der Köpenicker Straße 101, einem 80er-Jahre-Plattenbau, hängen viele Plakate, die für Kiezaktivitäten werben. Bald werden sie abgehängt werden müssen – ebenso wie die selbstgebastelten kleinen Kunstwerke in den Räumen und die von Kindern gemalten Bilder. Doch die Kündigung der Erdgeschossräume zu Ende Februar steht fest. Und damit verliert die Nördliche Luisenstadt ein wichtiges soziokulturelles Kiezzentrum, in dem auch die Betroffenenvertretung des Sanierungsgebiets und der Sanierungsbeirat tagten.

Bislang hatte der Verein »KREATIVHAUS e.V.« (mit Hauptsitz auf der Fischerinsel) die Räume in der Köpenicker Straße angemietet, um hier soziokulturelle Projekte für das Einzugsgebiet Luisenstadt anzubieten. Hier trafen sich beispielsweise die »Kiezmütter« aus Mitte und Kreuzberg, die Migrantenfamilien betreuen. Hier gibt es auch eine Nähwerkstatt für Frauen, eine Kleiderkammer für bedürftige Frauen und Kinder, etliche Beratungsangebote sowie Kinderbetreuung, außerdem Veranstaltungen für Senioren.

Doch die Sozialprojekte wie die »Kiezmütter«, die wichtige Integrationshelferinnen für Migrantenfamilien sind, wurden mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Jobcenters gefördert. Und diese werden nun nicht mehr verlängert. Das betrifft vor allem jene »Kiezmütter«, die gerade eine Arbeits- und Betreuungsstruktur aufgebaut hatten, was einen längeren Atem braucht. Angela Gärtner vom »KREATIVHAUS«, die die Arbeit und die Angebote im »Dialog 101« koordiniert, ist nicht sehr glücklich darüber. Erstens wegen der Kiezmütter, die nun ihre gerade aufgebaute integrative Arbeit nicht mehr wie bislang fortführen können. Wer soll diese Arbeit sonst finanzieren und vor allem leisten? Und zweitens, weil damit auch die Räume aufgegeben werden müssen, in denen so viele Aktivitäten stattfanden.

Die Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) hatte die Räume zu äußerst kulanten Bedingungen an das KREATIVHAUS vermietet. Neue Räume zu solchen Konditionen werden kaum zu finden sein, zumal sie bestimmten Bedingungen genügen müssen, auch wegen des Schutzes jener Frauen, die hier beispielsweise zu den Beratungsangeboten kommen. Deshalb kam auch eine Untermieterlösung nicht in Frage – abgesehen von dem Vertrag mit dem Bezirksamt, der in der Köpenicker 101 eine Unterkunft für die Betroffenenvertretung des Sanierungsgebiets sicherte, einmal monatlich tagte hier zudem der Sanierungsbeirat.

Nun suchen alle nach räumlichen Ersatzlösungen. Angela Gärtner sucht dringend Räume für die Nähwerkstatt, die Kleiderkammer, die Beratungen. Und sieht noch zunehmenden Bedarf: »Die hierher kommenden Flüchtlinge werden auch für uns zum Thema werden.« Die Betroffenenvertretung wiederum kann wohl vorübergehend im März und April im Gemeinschaftsraum der St-Michael-Kirche am Michaelkirchplatz tagen, allerdings zu anderen Terminen als bislang. Neue Räume werden noch gesucht, sie müssen etwas Platz für größere Runden bieten und auch die Möglichkeit, Dokumente sicher und abschließbar zu verwahren.



Ch. Eckelt

Es ist traurig, dass dem Luisenstadt-Kiez nun wegen solcher Entwicklungen nicht nur ein wichtiges Projekt (nämlich die Kiezmütter), sondern auch ein gut genutztes und wunderbar zentral gelegenes Kiezzentrum im Gebiet verlorengeht.

Auch Mittes Sozialstadtrat Stephan von Dassel bedauert das, sieht aber keine Handlungsmöglichkeiten für den Bezirk. Dass Bezirksamt müsse die arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen des Jobcenters akzeptieren, auch wenn damit leider soziokulturelle Angebote in der Luisenstadt wegfallen.

Der Stadtrat teilt mit: »Das Bezirksamt hat derzeit keine Möglichkeiten, über den bisherigen Umfang hinaus soziale Angebote mit finanziellen Zuwendungen zu unterstützen. Wir bemühen uns immer und auch erfolgreich, Förderprogramme so zu nutzen, dass wichtige Projekte auch längerfristig verlässlich finanziert werden können. Für Maßnahmen des Jobcenters kann das Bezirksamt aber nicht die Verantwortung übernehmen. Bei den »Integrationslotsen« ist uns eine längerfristige Sicherung durch das Land Berlin gelungen, bei den »Kiezmüttern« steht das leider noch aus. Wegen des höheren Bedarfs in Moabit, Wedding und Gesundbrunnen konzentriert sich das Bezirksamt vorläufig darauf, in diesen Stadtteilen die »Kiezmütter-Projekte« zu sichern.«

Aber gibt es von Bezirksseite einen Plan, ein Konzept, um soziale Angebote zu sichern? Die Antwort des Stadtrats klingt wenig euphorisch und ein bisschen vage.

»Mit dem Konzept der Stadtteilzentren verfolgen das Land und der Bezirk dieses Ziel. Damit gelang es beispielsweise, dem »KREATIVHAUS« nach Jahren der unsicheren Projektfinanzierung endlich eine Basis für eine gesicherte Finanzierung und dauerhaft verlässlichen Angeboten zu geben. Die Bündelung von Angeboten des Sozialraumes im KREATIVHAUS soll den Standort auf der Fischerinsel festigen. Und vor diesem Hintergrund hatte die Aufrechterhaltung von Angeboten in benachbarten Einrichtungen und auf finanziell wackliger Basis keine Priorität.

Mit anderen Worten: Im Bezirk wird der Etat für soziale Angebote immer schmaler. Im KREATIVHAUS auf der Fischerinsel (die etwas weiter weg ist von der Luisenstadt), wird man noch enger zusammenrücken müssen. Und der Weg für jene, die die noch vorhandenen Angebote nutzen wollen, wird immer weiter. us

Bei Redaktionsschluss standen – aufgrund der Raumfrage – die nächsten Termine der öffentlichen Sitzungen der Betroffenenvertretung noch nicht fest. Aktuelle Informationen findet man auf der Internet-Seite: www.luisenstadt-mitte.de

Versuchen kann man es ja mal

Gescheiterter Räumungsversuch am Spreeufer

Was, bitte, mag sich die Treuhandliegenschaftsgesellschaft (TLG) dabei gedacht haben, als sie Ende November 2014 dem Zeltendorf TeePee-Land am Spreeufer auf die Pelle rücken und es teilweise räumen lassen wollte, mit Polizeihilfe? Sowas wie »Versuchen kann man's ja mal«?

Der Versuch allerdings war ebenso plump wie sinn- und erfolglos. Die Vorgeschichte: Das multinationale Wohn-, Kultur- und Nachbarschaftsprojekt TeePee-Land siedelt seit mehr als zwei Jahren am Spreeufer, die Wohnzelte sind umgeben von kleinen Kräutler- und Blumengärtchen, die Bewohner erschlossen das Uferstück auch für Passanten und Besucher, leben in guter Nachbarschaft mit der Spreefeld-Genossenschaft, sie organisieren Kulturveranstaltungen und bringen sich aktiv beim Bürgerbeteiligungsverfahren zum Spreeufer ein. Das friedliche Zeltorfchen wird seit seiner Gründung auch vom Bezirk geduldet.

Das Land Berlin und der Bezirk Mitte planen einen durchgängigen öffentlichen Uferweg entlang der Spree, dafür hat der Bezirk im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet, um die öffentliche Nutzung des südlichen Spreeufers zu sichern. Einige Ufergrundstücke gehören bereits der Stadt, andere müssen noch angekauft werden – das Sanierungsrecht und das Bebauungsplanverfahren bieten der Kommune die Möglichkeit des Vorkaufsrechts für private Grundstücke. Direkt an das TeePee-Land grenzt das Areal der brachliegenden ehemaligen Eisfabrik, und ein Teil dieses Geländes gehört der TLG, die es aber weiterverkaufen will und seit Monaten potenzielle Erwerber und Investoren über das Gelände führt. Auch ein Teil des TeePee-Areals gehört zu dieser Fläche. Ende November tauchte plötzlich ein TLG-Vertreter im Zeltorfchen auf, der seinen Namen nicht nennen wollte, und forderte von den Teepee-Bewohnern, ca. die Hälfte der besiedelten Uferfläche zu räumen, weil die TLG einen Zaun um die Fläche ziehen wolle. Zur »Vollstreckung« hatte der TLG-

Vertreter auch die Polizei mitgebracht. Die TeePee-Bewohner aktivierten umgehend ihrerseits Unterstützung, u.a. bei den Bezirksverordneten. Frank Bertermann, Vorsitzender des BVV-Stadtentwicklungsausschusses, erschien prompt und erklärte der Polizei die Lage. Die zog nach Rücksprache mit ihrer Rechtsabteilung wieder ab: Schließlich existiert das TeePee-Land hier schon seit mehr als zwei Jahren und wird ohne Beanstandungen geduldet, und Gefahr war auch nicht in Verzug: Räumen würde die Polizei lediglich bei akut gefährlichen Situationen wie Brand oder ähnlichem. In diesem Fall sah die Polizei überhaupt keinen Handlungsbedarf und machte der TLG klar, dass sie für Grundstückspoker nicht zuständig ist und keine Veranlassung sehe, eine Zaunziehung mit polizeilichen Maßnahmen zu unterstützen.

Frank Bertermann dazu: »Anstatt sich an den anstehenden Diskussionen um die Gestaltung eines zukünftigen Spreeuferwegs zu beteiligen, zeigt die TLG erneut ihren Unwillen zum Konsens. Stattdessen will sie das Teepee-Land und die von ihnen hergerichtete öffentliche Durchwegung zerstören. Mein Lob und Dank gilt den Beamten des Polizeiabschnitts 32, die sich nicht von der TLG instrumentalisieren ließen und in kompetenter und besonnener Art den Konflikt bewältigten.«

Ohnehin war der TLG-Vorstoß mit dem angeblich notwendigen Zaun völlig sinnlos: Denn sobald sich die TLG irgendwann mal tatsächlich zu einem Verkauf durchringen sollte, hat der Bezirk sowieso das Vorkaufsrecht für das Ufergrundstück. Im anstehenden Verfahren wird sich zeigen, welchen Platz das TeePee-Land künftig einnehmen kann. us



Ch. Eckelt

Filmpremiere am 7. März, 21 Uhr

Im letzten Jahr wurde ein Film mit und über David Bowie gedreht – u.a. auch im Teepee-Land. Der Film »Low« hat am 7. März um 21 Uhr Premiere: zeitgleich in der Pariser Philharmonie und im Teepee-Land Berlin-Mitte.

Wilhemine-Gemberg-Weg: Tiefenenttrümmerung im März

Bislang nur provisorisch asphaltiert wurde der Wilhelmine-Gemberg-Weg. Das Straßen- und Grünflächenamt Mitte hat dies veranlasst, um seiner Sicherungspflicht im Winter nachkommen zu können: Schnee und Eis lassen sich auf ungepflasterten Wegen nicht gut beräumen.

Die Stichstraße zwischen Köpenicker Straße und Spreeufer wird erst später im Jahr dauerhaft befestigt. Nachdem der Ankauf der für die Straße notwendigen Flurstücke bereits weitgehend abgeschlossen ist, muss jedoch zuvor – etwa ab März – eine Tiefenenttrümmerung von Teilstücken des Weges stattfinden. Denn die Flächen, über die der Wilhelm-Gemberg-Weg führt, waren früher überbaut. Die Keller sind vermutlich nur zugeschüttet und weisen noch Hohlräume auf, die jetzt verdichtet werden müssen. Die Arbeiten können sehr laut werden, denn dafür ist der Einsatz schwerer Gerätschaften notwendig. Bis Ende des Jahres soll schließlich die öffentliche Straße fertig gestellt werden.

Benannt ist die neue Stichstraße zum Spreeufer nach Wilhelmine Gemberg, die im Jahr 1829 einen Frauenverein gründete und 1831 in ihrem Haus in der Stallschreiberstraße 30 (damals hieß sie noch Stallschreibergasse) eine »Kleinkinderbewahranstalt« sowie den »Verein zur Beförderung der Kleinkinderbewahranstalten« – mithin die ersten Kinderkrippen.

cs

Vater Späth

Mit 80 auf dem Pferd durch die Luisenstadt

Ein Greis mit wallendem, schneeweißen Haar war eine auffallende Erscheinung, täglich ritt er durch die Luisenstadt und in die Umgebung Berlins bis in den Tiergarten. Bis ins 86. Lebensjahr bestieg der alte Späth fast täglich sein Pferd.

»Vater Späth« hieß eigentlich Ludwig Späth und war Inhaber der großen Gärtnerei in der Köpenicker Straße in vierter Generation. Auf dem Gelände zwischen Bethaniendamm und Manteuffelstraße befindet sich heute der Park der Gewerbesiedlungs-Gesellschaft. Von 1760 an wurde dort 100 Jahre lang gegärtet.

Ludwig Späth, geboren 1793, war schon mit 14 Jahren als Lehrling in den väterlichen Betrieb eingestiegen, seit 1831 war er Besitzer. Von der Wissenschaft hielt er nichts, er bevorzugte die praktische Arbeit. Darüber kam es zum Konflikt mit seinem Sohn Franz Späth, im Gegensatz zu ihm wurde aus diesem ein bedeutender Botaniker, dem der Stadtteil Baumschulenweg samt Baumschule und Späthstraße ihre Namen verdanken.

Die Pläne von Franz Späth gingen weit, seine fachwissenschaftliche Bildung wollte er durch den Besuch ausländischer Baumschulen und Gartenbaubetriebe vertiefen. Doch Vater Späth fand, dass der Sohn im väterlichen Betrieb genug lernen könne und die Auslandsreisen nicht nur mit der Familientradition brechen würden, sondern auch eine Geldverschwendung seien. Gegen seinen großen Widerstand setzte der Sohn dennoch längere Aufenthalte in Belgien, Frankreich, England und Holland durch.

Das große Ziel des Sohnes war die Umgestaltung der Gärtnerei zu einer Baumschule, die er nicht nur zur größten Deutschlands, sondern sogar zur größten der Welt machen wollte. Vater Späth verfolgte dieses Vorhaben mit Misstrauen, denn wie sollte eine so große Fläche vom Unkraut freigehalten werden?

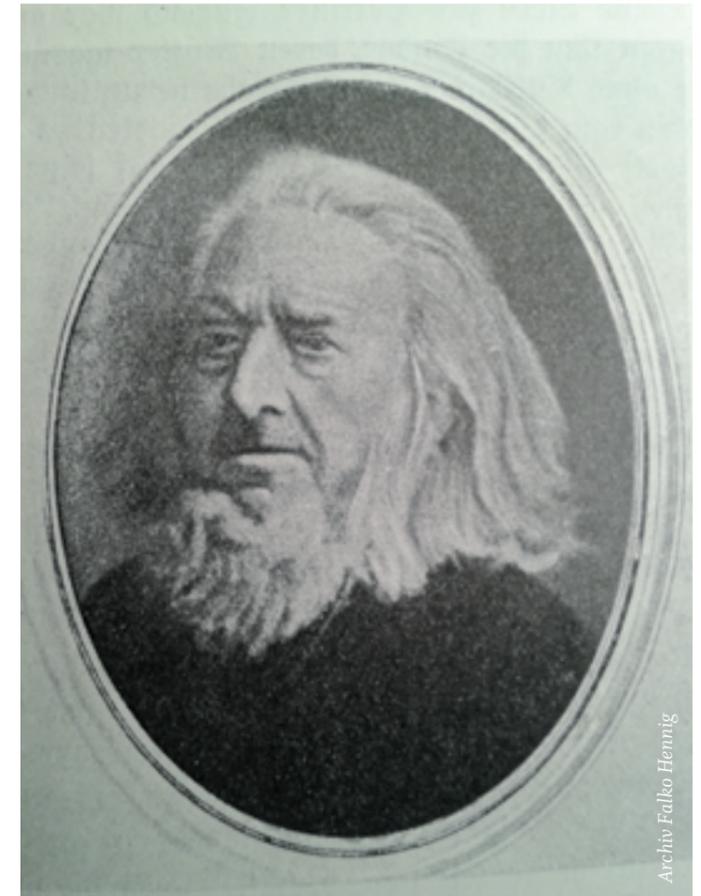
Als er seinem Sohn schließlich doch die Geschäfte übergeben hatte, war 1864 für ihn die Zeit gekommen, sich den Luxus eines Reitpferdes zu leisten. Bei seinen ausgedehnten Ritten durch den Tiergarten wurde er auch mit »Papa Wrangel« bekannt, der ihn oft zum Frühstück in das Wrangelsche Palais am Brandenburger Tor einlud.

Ab 1880 musste er seinem Alter Tribut zollen und fuhr statt hoch zu Pferde mit einem Korbwägelchen und einem gutmütigen und lammfrommen Schimmel davor über Treptow nach Neu-Britz hinaus zu den Baumschulen seines Sohnes.

Die Kinder rannten zu seinem Wagen und riefen »Guten Tag, Papa Späth!«, was den alten Herrn so sehr erfreute, dass er Kupferdreier unter die Kinder warf, die sich darum balgten.

Von jeder Fahrt brachte er aus den Anlagen seines Sohnes Blumen mit, am liebsten Rosen, die er auf dem Heimweg in der Schlesischen und Köpenicker Straße verteilte. Seine Kinderliebe beschränkte sich nicht auf die kleinen Geschenke und Liebesgesten – besonders das Schicksal der verwahten Kinder, deren Mütter in den Fabriken arbeiteten, wollte er bessern. Sie lungerten ohne Aufsicht auf den Straßen herum.

Er gründete einen Kindergarten für 80 von ihnen, die noch nicht schulpflichtigen Kinder wurden auf seine Kosten unterrichtet und zu Weihnachten beschenkt. Nicht nur Spielsachen kaufte er ihnen, sondern für den zoologischen Unterricht auch ausgestopfte Tiere und sogar lebende Singvögel.



Archiv Falko Hennig

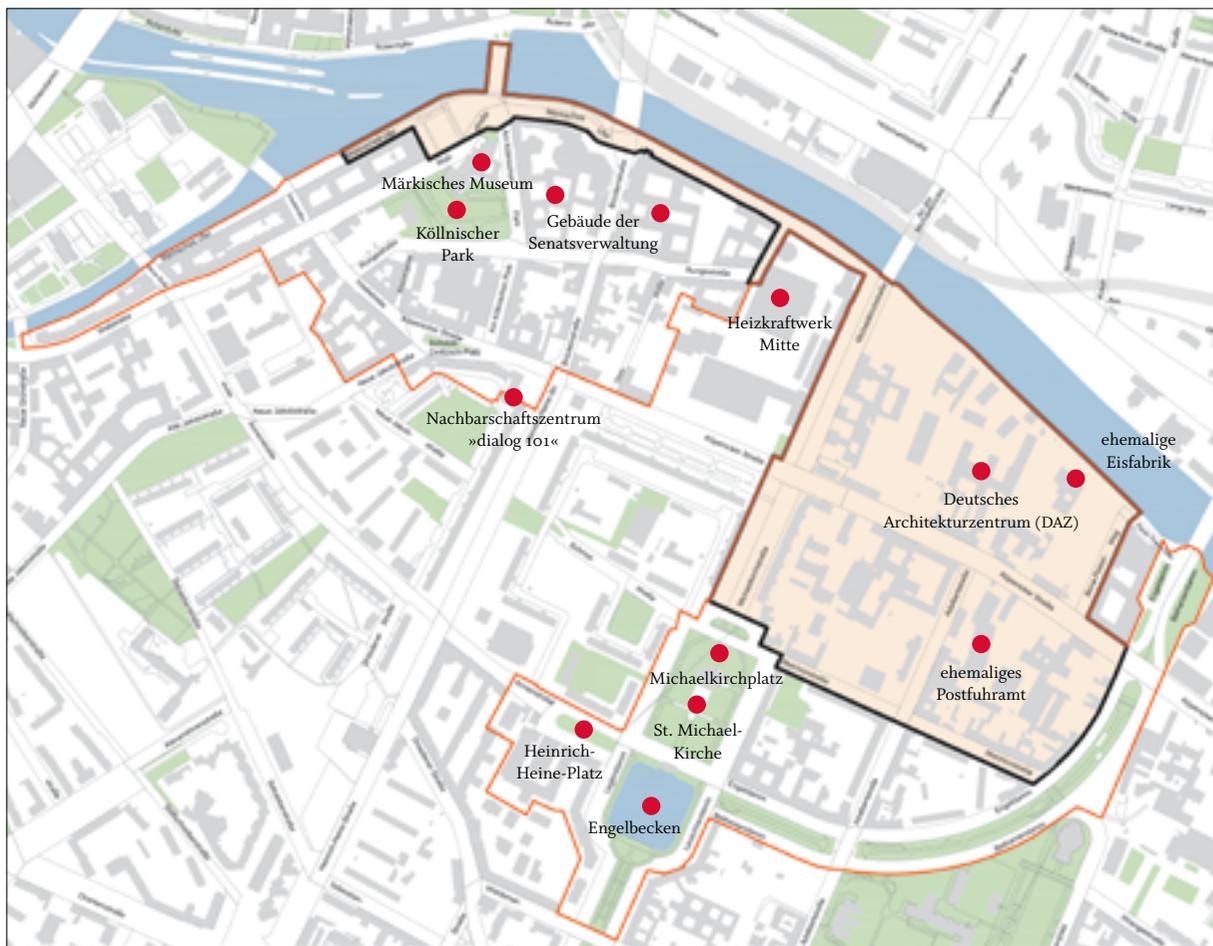
Der Späthsche Kindergarten befand sich in der Wrangelstraße zwischen Mariannenplatz und Manteuffelstraße im Parterre in einem hinteren Quergebäude. Für die Kinder war die große Vogelsammlung, die eine ganze Wand einnahm, die größte Sensation. Wenn Späth Vögel dazukaufte, nahm er ein besonders artiges kleines Mädchen mit in seinem Korbwagen zum Vogelhändler in der Adalbertstraße. Die Besuche im Kindergarten waren Höhepunkte im Leben des alten Herrn und seine Freude am Spiel und Tanz der Kleinen war ihm anzusehen.

Im Frühjahr verteilte er Tulpensträußchen, gelegentlich kam Späths Kutscher vorbei und trug einen großen Korb mit geschabten Mohrrüben herein und die Kinder konnten sich nach Herzenslust daran laben.

Seine Sorgen um das Unkraut in der Baumschule, die sein Sohn ihm zu Ehren unter dem Namen »L. Späth« ins Handelsregister eintragen ließ, nahmen ab, als er die weiten Anlagen in ihrer größten Reinlichkeit sah. Er sagte:

»Solange mein Sohn seine Baumschule vom Unkraut freihalten kann, mag er sie noch vergrößern.« Als er 1883 die Augen für immer schloss, war er im 91. Lebensjahr und ihm war bewusst, dass sein Sohn aus seinem Erbe tatsächlich die größte Baumschule der Welt geschaffen hatte. Falko Hennig

Der Autor lädt am 6., 7. und 8. März 2015 zum Stadtpaziergang »Buddha vorm Taj Mahal« (2h, € 10,-) durch die Luisenstadt und den schmalsten Park Berlins ein, Treffpunkt: 14 Uhr, U-Bahnhof Heinrich-Heine-Str. Ecke Köpenicker, Anmeldung erforderlich 0176-20 21 53 39.



 Sanierungsgebiet
 Nördliche
 Luisenstadt

 Erhaltungsgebiete

Ansprechpartner und Adressen für das Gebiet Nördliche Luisenstadt

Bezirksamt Mitte von Berlin,
Stadtentwicklungsamt,
Fachbereich Stadtplanung
 Müllerstraße 146, 13353 Berlin
 Amtsleitung: Kristina Laduch,
 Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
 Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
 Tel 901 84 58 53
reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
 Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57
anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de
 Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21
wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de

Betreuung Programm Städtebaulicher
Denkmalschutz beim Bezirksamt
 Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
und Umwelt
 Referat IV C – Stadterneuerung
 Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
 Joachim Hafen (Gebietsbetreuung
 Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)
 Koordinationsbüro für Stadtentwicklung
 und Projektmanagement – KoSP GmbH
 Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
www.kosp-berlin.de
 Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
 René Uckert, Tel 33002833,
uckert@kosp-berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt
 Treffen jeden dritten Dienstag im Monat
 um 18.30 Uhr im Nachbarschaftszentrum
 »dialog 101«, Köpenicker Straße 101,
 (Februar); bzw. im Gemeinschaftsraum der
 Michaelkirche (März/April)
 Ansprechpartner: Volker Hobrack,
 Tel 275 47 69, mail: vhobrack@gmx.de
 bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luise-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt
 Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
 10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
buero@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
 Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr